

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im übrigen Jahrbuch, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbestellungen sind sämtliche Postanfragen entgegenzunehmen. Unter Einzelheften befinden sich Verzeichnisse und Preislisten für das übrige Ausland 21,50 M. für die Schweiz 16,50 M., für den übrigen Ausland 21,50 M. für die Schweiz 16,50 M., per Post für Deutschland und Österreich 20,- M. für die Schweiz 16,50 M., per Post für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Weite Straße 5-9.

Die achtseitigen Sonntagshefte oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Transportzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Einzelhefte für die Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Versprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4603, 4625, 4649, 4622.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor dem Entscheidungskampf

### Eine Kundgebung der Sowjetregierung

Moskau, 24. August. Durch Funkgespräch.

In einer Kundgebung der russischen Regierung heißt es: Wir müssen jetzt Garantien gegen neue Ueberfälle verlangen. Wir glauben dem polnischen Arbeiter und verlangen, daß er bewaffnet wird. Wir glauben der polnischen Bourgeoisie nicht, deren Delegation sogar jetzt den Frieden sabotiert. Ihre Delegation hat begonnen, den Frieden mehr zu sabotieren, als sie unsere Mißerfolge der letzten Tage gesehen hatte. Wir müssen deshalb an dieser Front einen entscheidenden Kampf führen. Wir müssen unsere rote Armee unterstützen. Der Kampf mit den weißgardistischen Dämonen ist unsere erste politische Schuld.

In der Moskauer Gouvernementskonferenz wurde nach dem Bericht Buchariu über die internationale Lage der Republik und die Aufgaben der russischen kommunistischen Partei im Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Augenblick folgende Resolution gefaßt: In Anbetracht dessen, daß unsere Westarmee dank der verstärkten Unterstützung Polens durch die französische Regierung ernste Mißerfolge erleiden hat, während die Front Wrangels ebenfalls von großer Bedeutung wird und das Kuban- und Donezgebiet bedroht, hält die Parteikonferenz es für unbedingt notwendig, die Westfront mit allen Mitteln zu unterstützen und gleichzeitig die Front Wrangels zu vernichten. Alle Parteiorganisationen werden aufgefordert, eine schnelle Partiemobilisierung durchzuführen und die Frage der Unterstützung der Wrangelfront zu erörtern.

### Eine russische Note an Polen

Kopenhagen, 25. August.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Warschau telegraphiert wird, verlautet von kompetenter Seite, daß die polnische Regierung gestern eine neue Note von der Sowjetregierung erhalten hat, die von Tschitscherin unterzeichnet ist. In dieser Note lehnt die Sowjetregierung jede Verantwortung für die ungenügende Verbindung zwischen Warschau und Moskau ab, die ausschließlich darauf zurückzuführen sei, daß die Funkstation in Warschau zu schwach sei. Im übrigen enthält die Note keine positiven Mitteilungen.

### Polnische Friedenssabotage

London, 25. August.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Warschau ist die polnische Antwort auf die russischen Vorschläge am Montag überreicht worden. Von fünfzehn Punkten haben die Polen nur einen Punkt angenommen, den der Demobilisation, falls Rußland gleichfalls demobilisiert.

### Die Aufhebung der Neutralität Danzigs

Paris, 24. August.

Havas meldet, daß der Oberkommandant von Danzig Sir Ronald Tower durch eine Note der Befehlshaberkonferenz aufgefordert worden ist, die Einladung des für Polen bestimmten Kriegsmaterials im Danziger Hafen — gegebenenfalls durch Truppen und Schiffe der Alliierten — sicherzustellen, falls die dortigen Hafenarbeiter sich weigern sollten, die Schiffe zu entladen.

### Polnischer Frontbericht

11. Warschau, 25. August.

Wöchentlich polnischer Heeresbericht vom 24. August. Nordfront: Die rechte Abteilung der 4. Sowjetarmee konnte nach schweren Kämpfen den Raum von Chorzele in der Richtung auf Kolno, der durch starke Abteilungen unserer 4. Armee besetzt ist, durchstoßen. Die Besetzung des Feindes durch die 4. Armee geht weiter. Unsere 5. Armee greift zerstreute Abteilungen der Sowjettruppen, die westlich der Eisenbahnlinie Modlin—Mlawka heranziehen, an.

Zentrum: Die Armeen des Zentrums haben durch eine Schwärzung nach Norden Angkon, Stawitzk und Kolno eingeschlossen und so einen Ring um die 4. und 5. Sowjetarmee geschlossen. Der Feind, der von allen Seiten bedrängt ist, versucht mit größter Anstrengung unter verzweifeltsten Kämpfen den Ring zu sprengen. Am 23. d. M. ging er bei Kolno neunmal zu erbitterten Angriffen über, die durch das vortreffliche 60. Polnische Infanterieregiment abgeblasen wurden unter schweren Verlusten für den Feind. Das Regiment ging zum Gegenangriff über und machte 1000 Gefangene, darunter einen Divisionsgeneral, 10 Geschütze, mehrere Regimentsmaschinen, zahlreiche Autos und Train wurde erbeutet. Bei der Eroberung von Tomza fielen 2000 Gefangene, 9 Geschütze, 22 Maschinengewehre und viel Kriegsmaterial in unsere Hand. Nach der Einnahme von Blahost durch die 1. Legionärdivision am 22. früh, fanden in der Stadt noch 20 Stunden lang erbitterte Straßenkämpfe statt, und zwar mit der aus Grodno zu Hilfe geeilten 55. Sowjetdivision und der ortsansässigen jüdischen Bevölkerung, welche die bolschewistischen Reihen verstärkte. In den Kämpfen bei Blahost machte die 4. Legionärdivision 7000 Gefangene und eroberte 18 Geschütze, 42 Maschinengewehre und große Mengen technisches Material. Infolge dieser Niederlage trat bei den feindlichen Abteilungen vollkommene Zersplitterung ein. Kalmücken und Don-

kofalen gehen in Scharen zu uns über. Im Raume von Brest-Litowsk Ruhe. Bei Miodawa, Opalin und Hrubieszow erfolgreiche örtliche Kämpfe, bei denen Gefangene und Maschinengewehre erbeutet wurden.

Südfront: Südlich Lemberg nahmen Abteilungen unserer 5. Infanteriedivision das Städtchen Swira, zersprengten dabei eine bolschewistische Brigade und nahmen das ganze 565. Sowjetregiment gefangen. Im Raum der Brela wurden 3 Kosakenkompanien zersprengt und 200 Gefangene gemacht. Nördlich von Kamionka-Strumilowa und Bojaniec und östlich von Kuzowice sind keine Gefechte mit feindlichen Abteilungen im Gange.

### Russischer Heeresbericht

London, 25. August. (Havas.)

Ein Funkentelegramm aus Moskau vom 23. August, 10.30 Uhr abends meldet, daß sich in der Gegend von Brest-Litowsk heftige Kämpfe mit dem Feinde abspielten, bei der Offensive ergriffen habe. Auch im Gebiet der Grube Schof Kuom seien schwere Kämpfe im Gange.

### Balfour an Kamenev

Amsterdam, 24. August.

Einer Neutermedung zufolge hat Balfour gestern Abend Kamenev zugleich mit einer Abschrift des Luzerner Communiqués ein Schreiben übersandt, in dem er fragt, ob die jetzt den Polen vorgelegten Bedingungen derart seien, wie Giolitti und Lloyd George es auf Grund der italienischen und der englischen Regierung seiner Zeit gemachten Mitteilungen annehmen müßten. Er fragt ferner, ob die Sowjetregierung falls diese Voraussetzung richtig sei, beabsichtige, die Bedingungen anzunehmen. Balfour ersucht um Antwort bis spätestens Freitag abend. Eine Abschrift dieser Mitteilung ist an Tschitscherin gesandt worden.

### Abreise der Sowjetvertreter aus London?

London, 25. August. (Havas.)

Kamenev und Krassin haben ihre Pässe verlangt und sollen beabsichtigen, England am Freitag zu verlassen.

### Neue Maßnahmen in Oberschlesien

Beuthen, 24. August.

In einer Konferenz der Streckauschüsse und der Führer der politischen Parteien Oberschlesiens, an der u. a. auch Korsantyn teilnahm, erklärte der Oberkontrollleur Major Ortlez u. a.: Die heftigen Unlagen der Deutschen gegen die Polen und der Polen gegen die Deutschen müssen abhelfend wirken, besonders, wenn man weiß, daß jede Partei sich lediglich nach der einen Seite hin unterrichtet. Dieses Verfahren, das heute in Oberschlesien üblich ist, hat zur Verschärfung der gegnerischen Gesinnung der beiden Nationalitäten beigetragen. Es ist selbstverständlich eine verhältnismäßig einfache Sache, Truppen anzubieten und Leute zu entlassen, welche das Land ohne eine Spur von Recht terrorisieren und es wäre auch nötig, an diesen Elementen ein Exempel zu statuieren und sie für die Nichtachtung von Befehlen und Erlassen der Interalliierten Kommission zu bestrafen. Ortlez wandte sich hierauf der Errichtung sogenannter Bürgerwehren zu, die er wegen der finanziellen Belastung der Gemeinden ablehnte, und ließ sich gegen das Treiben der Leute aus, die ohne Recht den Verkehr unterbinden, Hausdurchsuchungen vornehmen, fesseln und rauben. Hierauf gab Ortlez folgende Vorschläge bekannt, denen von den politischen Parteien zugestimmt worden sein soll.

1. Abschaffung der Sicherheitswehre und Ersatz durch eine Abkündigungspolizei. 2. Für die Übergangszeit wird eine Hilfspolizei gebildet, die der Ortspolizei unterstellt wird. Die Hilfspolizei wird aus Gemeindevornehmern besoldet und erhält keine Feuerwaffen. Diese Bildung ist sofort in die Wege zu leiten. 3. Abgabe der Waffen bis morgen früh neun Uhr. Wer bis dahin abliefern, selbst straflos, gegen die übrigen wird auf Grund der Bestimmungen vorgegangen.

### Das Bandenwesen

Kattowitz, 24. August.

W. T. B. meldet: Auf der Eisenbahnstrecke Kattowitz—Mysłowicz kehrt allmählich die Ordnung wieder. Die Bahnhöfe sind von französischen Truppen besetzt. Die Reisenden werden nach Waffen untersucht. Auf dem Bahnhof von Mysłowicz sind Bekanntmachungen der Eisenbahndirektion Kattowitz, die von dem Entenvertreter bei der Eisenbahndirektion gegengezeichnet sind, angehängt, in denen jede Einmischung Unbefugter in den Eisenbahnbetrieb oder jeder Terror gegen Eisenbahndienstleistungen verboten wird. Trotzdem grellrote Plakate die Zivilisten zur Waffenabgabe bis Sonntag nachmittags 4 Uhr auffordern, sieht man noch überall Bewaffnete. Im Kreis Gleiwitz ist ein zunehmendes Bandenwesen festzustellen. Die Stadt Kattowitz wurde heute besetzt. Die Ausschreitungen in den Bandenkreisen nehmen einen überaus großen Umfang an.

(Siehe auch 2. Seite.)

## Der christlich-nationale Mörderkurs

Hat Stefan Friedrich, der Begründer des christlich-nationalen Kurzes, der Führer der Konterrevolution, gewesener Ministerpräsident und Kriegsminister des weißen Terrors den Grafen Tisza ermorden lassen oder nicht? — das ist jetzt die große Frage, die in Ungarn alle Gemüter bewegt und der gegenüber alle anderen Fragen: der Vormarsch der Sowjettruppen, der Zusammenbruch der Entente und andere ähnliche Kleinigkeiten zurücktreten haben. Obwohl der Prozeß, dem Anscheine nach, mit großer Sachlichkeit und Unparteilichkeit geführt wird, ist er durch ein politischer Prozeß, dessen Ausgang viel weniger von dem tatsächlichen Hergang der Erschießung Tiszas als von den verschiedenen Strömungen der ungarischen Konterrevolution bestimmt sein wird.

Tisza wurde am 31. Oktober 1918, am Tage des Ausbruchs der Revolution, erschossen. Es verlautete, daß Soldaten in seine Wohnung kamen, deren Führer erklärte: „Sie haben den Krieg verbrochen, haben so viele Millionen auf die Schlachtbank geschickt, jetzt müssen Sie sterben.“ Er wurde darauf erschossen, und seine letzten Worte waren: „Dies mußte so kommen.“ Es war das einzige Mal, daß Tisza und die öffentliche Meinung eines Sinnes waren: sein Tod wurde als etwas selbstverständliches angenommen, die revolutionäre Welle mußte ihn wegpülen, er war der repräsentative Mann derjenigen Welt, die mit Kriegsende und Revolutionsausbruch zusammengebrochen war. Die revolutionäre Regierung, deren Mitglied er war, hatte weder den Willen, noch die Macht, die Vollstreckung eines Volksurteils, denn so und nicht als ein Mord wurde damals die Tat empfunden und gewertet, irgendwie zu verhindern. Es war ein tragisches, aber verdienten und unvermeidliches Schicksal — damit wurde über die Tat zur Tagesordnung übergegangen.

Nach dem Siege der Konterrevolution setzte die Familie Tisza und die ganze ungarische Aristokratie alle Hebel in Bewegung, die Täter und — wie sie annahmen — die Anstifter auszuforschen. Dabei ließen sie sich von der vorgefassten Meinung leiten, daß Graf Michael Karolyi, der alte Feind Tiszas, einer der Anstifter, und Genosse Josef Bogany, der Führer des Kampfes gegen die Offiziere und der Präsident des revolutionären Soldatenrates, einer der Täter sein müsse; sie hofften so die Auslieferung dieser zwei behafteten Persönlichkeiten zu erlangen. Zwei Mitglieder des Offiziersrates (nicht des Bogany'schen) wurden verhaftet, Oberleutnant Hüttner und Kadettaspirant Sztanykowszky, die ihre Mitwirkung am Mord eingestanden, Bogany auch der Tat beschuldigt, statt Karolyi, aber gegen seine journalistischen Ratgeber, Paul Keri und den Abgeordneten Ladislaus Fennes, ausfragten, als den Hauptanstifter des Mordes — Stefan Friedrich, den damaligen Ministerpräsidenten angaben. Ich kenne alle Ereignisse der Oktoberrevolution aus eigener Anschauung, kenne auch Hüttner und Sztanykowszky, ich halte sie für moralisch minderwertige Abenteurer und nach meinem Urteil verdienen alle ihre Aussagen wenig Glauben. In dieser meiner Auffassung kann mich nur eines wankend machen: die Art und Weise, wie Friedrich auf diese ihn belastenden Aussagen reagierte. Er hat seine ganze Macht aufgeboten, Polizei und Gericht dazu gezwungen, Hüttner und Sztanykowszky durch Drohungen, Verprechungen, Mißhandlungen zu der Rücknahme ihrer Aussagen zu bewegen. Hüttner sagte in der Verhandlung aus:

„Der Polizeirat Dornung war während des Verhörs sehr freundlich zu mir. Aber auf einmal sagte er, daß an meiner Aussage kein wahres Wort und ich ein Strolch sei. — Der Verhandlungsleiter: Bei welcher Stelle Ihrer Aussage wurde dies Ihnen gesagt. — Hüttner: Solange ich über die Beteiligung Keri's und Fennes' ausfragte, war er sehr höflich, als ich aber über Friedrich zu sprechen begann, sagte er mir, daß alles erlogen sei. . . Darauf wurde ich so blutig geschlagen, daß ich mich zwei Tage lang nicht rühren konnte.“

Er berichtete des weiteren, daß er dann nach seiner Mißhandlung wieder vernommen wurde und seine Friedrich belastenden Aussagen zurückzog. Der Detektivchef Rago versprach ihm in Gegenwart des Oberstaatsanwalts Baro einen Auslandspaß und 50 000 Francs und die Möglichkeit der Flucht, wenn er seine Aussagen zurückzieht. Sztanykowszky erzählte, daß, nachdem er gegen Friedrich ausgefragt hatte, seine Hände in eine Presse eingeklemmt wurden, bis er seine Aussage zurückzog. Gegen den Polizeibeamten, der die Friedrich belastenden Aussagen zu Protokoll nahm, wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet und der Untersuchungsrichter Kovacs, der die Untersuchung in einem Friedrich feindlichen Geiste führte, boging — einen Selbstmord oder wurde ermordet. Diese Praktiken und nicht die Aussagen der Hüttner und Sztanykowszky bilden das eigentliche Belastungsmaterial gegen Friedrich. Daraus schöpfte auch die Familie Tisza Verdacht und setzte es durch, daß die Untersuchung den militärischen Behörden übergeben wurde, auf welche die Aristokratie einen größeren Einfluß ausüben konnte als Friedrich. Eine Handhabe dazu bot der Umstand, daß der eine Teil der beschuldigten Militärpersonen waren, eben jene, gegen die

legt die Hauptverhandlung geführt wird, in welcher Keri, Jennes und Friedrich nicht als Angeklagte, sondern als Zeugen vernommen werden. Die Verhandlung gegen sie soll vor dem bürgerlichen Gericht im September stattfinden, es soll also eine zweite Auflage des Prozesses erfolgen.

Wird nun in diesem Prozesse Friedrich als Angeklagter erscheinen? — Dies ist die leidenschaftlich erörterte Frage in Ungarn. Der Abgeordnete Jennes, gegen den kein anderes Belastungsmaterial vorliegt, als gegen Friedrich, nämlich die Aussagen der militärischen Angeklagten, ist seit einem Jahre, nach meinem Dafürhalten, vollkommen unschuldig, in Haft. Nun ist die Lage so zugespitzt, daß entweder auch er aus der Haft entlassen, die Anklage gegen Keri (d. h. gegen Karolig) fallen gelassen werden muß, oder aber auch Friedrich ins Gefängnis kommen muß. Die Verhaftung Friedrichs ist aber keine juristische, sondern eine politische Frage. Friedrich ist das Haupt aller bürgerlich-terroristischen Formationen, vor allem der Gruppe Erwachende Magyaren, und hat einen ansehnlichen militärischen Anhang. Er und die Leute um ihn haben an allen Taten des weißen Terrors Anteil genommen, aber sie kennen auch die anderen Schuldigen. Es war recht bezeichnend, daß, als die Aufhebung der Immunität Friedrichs in der Nationalversammlung verhandelt wurde, ein Anhänger Friedrichs erklärte, daß es recht merkwürdig sei, daß die Polizei alle Mörder, so auch die Mörder der sozialistischen Redakteure Somoggi und Basco ausgeforscht hatte, eine andere Behörde aber, die Militärbehörde nämlich, die Täter ungeschoren ausgehen ließ, wo sie jetzt mit solchem Eifer nach Friedrich fahnde. Das gibt einen Vorgeschmack, mit welchen Waffen, wenn es ernst werden sollte, Friedrich kämpfen wird.

Es wäre weit gefehlt, anzunehmen, daß es jemandem hier, vielleicht die Familie Tisza ausgenommen, um die Wahrheit zu tun ist. Der Nordprozeß ist ein Abschnitt des Kampfes zwischen Horthy, der die gegenrevolutionäre Beute in Sicherheit bringen, den Terror in legale Bahnen lenken, die konterrevolutionäre Ordnung konsolidieren möchte, der für das gesetzliche Gängel und nicht für den Totschlag auf der Straße ist, und zwischen Friedrich, der als struppiger Abenteuerer vor jeder, auch einer konterrevolutionären Ordnung sich fürchtet, weil auch diese „Ordnung“ das Ende seines Einflusses bedeutet. Horthy will sein Werk mit der ehebaldigsten Rückkehr des Pranginer Einsiedlers krönen, er will als Legitimist Karl auf den Stefans thron setzen, einen großen Schritt zur Aufrichtung der Doppelmonarchie tun, Friedrich ist in dem christlich-nationalen Lager der einflussreichste Vertreter eines „nationalen Königtums“, der Gegner der Karlisten, der Vertreter des turbulenten Kleinbürgertums den die alte Macht der Aristokratie herstellenden Legitimisten gegenüber. So wird die Frage, ob er in den Kerker kommt, nicht davon abhängen, ob er tatsächlich irgendeinen Anteil an der Tötung Tiszas hatte, sondern von dem Ausgang des Kampfes zwischen den beiden Terrortruppen, zwischen den Organisationen des legalen und illegalen Terrors. Die meisten terroristischen Elemente werden in diesem Kampfe an seiner Seite stehen, denn sie verteidigen in Friedrichs Straflosigkeit und Macht ihre eigene; allerdings ist es sehr leicht möglich, daß, bis dieser Kampf zum Austragen gelangen könnte, der drohende Schritt der russischen Sowjettruppen allen ungarischen Geschehnissen ein anderes Gesicht geben wird und daß der für Friedrich gezimmerte Galgen Raum für einen zweiten, für Horthy, abgeben müssen wird.

## Unglaubliche Vorgänge in Potsdam!

Vom Republikanischen Führerbund erhalten wir folgende Zuschrift:

Bei der 1. M.G.R. des Reichswehrregiments 5 wird vom Rittmeister Gravenstein gegen Angehörige des R. F. B. in einer Weise vorgegangen, die jeder Beschuldigung spottet. Ein Teil der Kompanie ist Mitglied des Republikanischen Führerbundes. Rittmeister Gravenstein verlangt vor der angetretenen Kompanie die Uebergabe einer namentlichen Liste der Mitglieder, verbietet die Teilnahme an einer Feier, an der die ehemaligen kaiserlichen Prinzen teilnahmen und verbietet sich von den Angehörigen des R. F. B. den militärischen Gruß zu verweigern. Ein Angehöriger der Kompanie, der Freiwillige Leutnant, wurde, weil er sich die Durchsichtung seines Schranzes wegen seines

Mitgliedsbuches des R. F. B. nicht gefallen lassen wollte und dem Feldwebel der Kompanie das Recht absprach, deswegen eine Spindelrevolver vorzunehmen, verhaftet. Durch das Einschreiten des Regimentskommandeurs, Herrn von Theisen, wurde die Haft jedoch am gleichen Tage aufgehoben. — Leutnant ist vom Kompanieführer mit drei Tagen Arrest bestraft.

Bezeichnend für das Aufstreben des Rittmeisters Gravenstein ist nachstehende Aeußerung: „Er wechselt als kaiserlich deutscher Offizier nicht seine Gesinnung wie ein Hemd — und wenn er es mache, so könnten die Mitglieder des R. F. B. vor ihm ausspucken, wie er es vor diesen jetzt mache.“ Ein kräftiges Aussprechen begleitete diese Aeußerung.

Ist ein solcher Kompanieführer fähig, eine republikanische Truppe zu leiten? Wir nehmen an, daß Herr von Theisen die Angelegenheit den vorgelegten Dienststellen weitergemeldet hat.

Die Frage, ob ein Mann wie dieser Gravenstein geeignet ist, eine republikanische Truppe zu führen, ist etwas naiv. Als ob im republikanischen Deutschland die Eignung für die militärische Führung in Betracht käme! Die kaiserlichen Offiziere beherrschen die Truppe und der Reichswehrminister ist ängstlich bestrebt, die Herrschaften in ihren Gefühlen nicht zu verletzen. Und so werden wir dies erhabende Schauspiel noch eine Zeitlang genießen können.

## Der Wille zur Neutralität

### Die gelben Eisenbahner und die Truppentransporte

Eine Berliner Lokalkorrespondenz verbreitete gestern einen Bericht über die Verhandlungen der Ueberwachungsausschüsse mit der Regierung. Darin wurde unter anderem gesagt, die „großen Eisenbahnerorganisationen“ wendeten sich gegen die Zusammensetzung der Ausschüsse und gegen die Teilnahme von Vertretern der sozialistischen Parteien an ihnen. Die bürgerliche Presse, die demokratische sowohl wie die reaktionäre, greift den Wind auf und beginnt ein neues Gepolter gegen die „sozialistische Nebenregierung“. In einigen Blättern wird ausführlicher über die „großen Eisenbahnerorganisationen“, von denen die Rede ist, berichtet. Danach traten am Dienstag im Reichsverkehrsministerium Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes zusammen, um gegen die Durchsichtigung des Reichsausschusses und der Ortsausschüsse mit „Nichteisenbahnern“ zu protestieren.

Die ganze Erscheinung ist nichts anderes als eine Fortsetzung jenes von der bürgerlichen Presse von vornherein unterführten Lähmungsversuches der gelben Gewerkschaftszentralen, gegen den wir uns schon mehrfach gewandt haben. Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß neben den eigentlichen Regierungsinstanzen als Kontrollorgane ebenfalls die Betriebsräte und die Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände in Frage kämen. Wenden müsse man sich aber dagegen, daß auch die beiden sozialdemokratischen Parteien und womöglich auch noch die Kommunisten in diesen Ausschüssen offiziell vertreten sein wollen. Das sei die Etablierung einer sozialistischen Nebenregierung, die mit dem Geiste unserer Verfassung nicht vereinbar sei.

Diese Aeußerungen, die in der reaktionären Presse natürlich noch um eine Nuance erregter klingen, spiegeln das Unbehagen der gesamten Bourgeoisie wider, das jede einseitige Aktion der Arbeiterklasse hervorrufen wird. Außerdem ist sie irrtümlich. Die fraglichen Eisenbahnerverbände und mit ihnen die reaktionäre Presse aller Richtungen scheinen den Boykott gegen Polen als eine Verunsicherung der Eisenbahner aufzufassen. In Wirklichkeit ist sie eine Aktion der Mehrheit des deutschen Volkes, repräsentiert durch die großen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die deutsche Arbeiterklasse hat zu der Regierung der Deutschen Volkspartei und der Demokraten nicht das Vertrauen, daß sie die Neutralität unter allen Umständen zu wahren den Willen hat. Diese Politik ist so gut Konjunkturpolitik wie die Politik der Westmächte. Die deutsche Regierung wird sich nicht scheuen, in der Neutralitätsfrage eine andere Haltung einzunehmen, wenn die Lage des Augenblicks es ihr zweckmäßig erscheinen läßt. Die deutsche Arbeiterklasse aber will den Frieden unter allen Umständen wahren, ganz ohne Rücksicht auf die Konjunkturen der internationalen Diplomatiepolitik. Darum nimmt sie ihr Geschick in die eigene Hand. Hinter den Eisenbahner und den Angehörigen der anderen Transportgewerbe steht einmütig die gesamte Arbeiterklasse aller Berufe, um gegebenenfalls nicht nur den Transport, sondern auch die Herstellung von Kriegsmitteln zu verhindern. Die Transporter, die im Vordergrund der Aktion stehen, können ihre wichtige Aufgabe nur durchführen, wenn sie sich stützen können auf die gesamte Kraft und den einmütigen Willen der deutschen Arbeiterklasse. Nur dann ist es möglich, daß sie sich gegenüber den etwa anders gerichteten Absichten der Regierung wie der Behörden durchzusetzen vermögen.

Das ist der Sinn der Aktion und demgemäß muß die Zusammenlegung der Ausschüsse so sein, wie sie ist.

Das ist der Bourgeoisie natürlich unangenehm, was wir nur in der Ordnung finden, denn dieser Umwille beweist ja nur, daß die Arbeiterklasse auf dem rechten Wege ist. Das Gerede von der Verfassungswidrigkeit berührt uns nicht, denn die Verfassung ist letzten Endes die Tatsache der sozialen Machtverteilung, nicht das in Weimar verfertigte Papier. Die mehr oder weniger gelben Gewerkschaften aber, die sich zu einem Protest gegen die „Nichteisenbahner“ veranlaßt sahen, werden sich damit abfinden müssen, daß die Arbeiterklasse alle diejenigen rücksichtslos auf die Seite schiebt, deren mangelhaftes Klassenbewußtsein in der Reaktion Wasser auf die Mühlen leitet, wie dieses Beispiel zeigt, und die Aktion der Arbeiterklasse zu stören versucht.

## Reaktionäre Extratouren in Gotha

Nach einer „Vorwärts“-Meldung weigern sich die bürgerlichen Parteien der Gothaer Landesversammlung, das Reichsamnestiegesetz auf Gotha auszubehnen. Diese Herausforderung beantworteten die unabhängigen Mitglieder des Landtages durch Niederlegung ihrer Mandate und machten so die Versammlung beschlußunfähig. Es ist noch nicht bekannt, ob Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Die Gothaer Reaktion geht aufs Ganze. Wir sind gespannt, ob die bürgerliche Regierung in Gotha sich diesem Beschluß der Landesversammlung fügt und ob gegen sie, die die Reichsgesetze mißachtet, ebenfalls eine Reichsexekution in Szene gesetzt wird, wie seinerzeit gegen die unabhängige Regierung.

## Ernährungsbesprechungen in London

Amsterdam, 25. August.

„Telegraaf“ meldet aus London: Der englische Lebensmittelminister hatte eine Besprechung mit dem deutschen Ernährungsminister Dr. Hermes. Die französischen, italienischen und belgischen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des obersten Rates wohnten der Besprechung bei.

## Russisch-norwegische Handelsverbindung

Kopenhagen, 25. August.

Nach einem Telegramm aus Christiania hat die norwegische Regierung dem Vertreter der Sowjetregierung in Kopenhagen, Litwinow, mitteilen lassen, daß sie ihm und seiner Familie sowie einem Sekretär gestatten werde, nach Christiania zu kommen, um die Verhandlungen über die Fragen einzuleiten, die die Handelsverbindung zwischen Norwegen und Rußland betreffen.

## Rußland und die Donaukonferenz

Moskau, 24. August. (Durch Funkspruch.)

Die russische Regierung hat in einem Funkspruch an Milner und den Vorsitzenden der interalliierten Donaukonferenz verlangt, daß die Schifffahrt auf der Donau allen Nationen garantiert werde. Angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Bedeutung der Donau für das russische Volk würde die russische Regierung sich in keiner Weise verpflichten lassen, die Bestimmungen eines internationalen Abkommens zu befolgen, das ohne die Teilnahme Rußlands festgesetzt würde, da der Schatz der russischen Flotte auf der Donau nur auf dem Wege eines freien Meinungsaustausches mit Rußland in dieser Frage erreicht werden könne.

## Unter Frankreichs Diktat

London, 24. August.

„Daily Mail“ erfährt von ihrem Brüsseler Berichterstatter, daß der Ministerrat beschlossen hat, das Verbot, Munition nach Polen durch Belgien zu führen, aufzuheben.

Amerikanische Heeresvermehrung. Wie der „Intransigent“ aus Washington erfährt, hat die amerikanische Regierung beschlossen, die Armee um 100 000 Mann zu vermehren. Hierdurch wird der Effektivebestand von 175 000 auf 288 000 Mann gebracht.

Abzug der Japaner aus Sibirien. Die japanische Botschaft in London teilt mit, daß die Räumung der Gegend des Baisalmerees in Sibirien Fortschritte macht. Der letzte Transportzug wird am 2. September in Wladiwostok erwartet. Damit werden auch die letzten Japaner Sibirien verlassen.

## Sozialistische Ethik

Das Problem der sozialistischen Ethik ist noch recht wenig geklärt und bearbeitet. Max Adler vertritt eine vollständige (autonome) Gesetzmäßigkeit der Ethik, des Bewusstseins, die außerhalb der sonst geltenden, wirtschaftlich bedingten Entwicklung steht. Dies ist der Standpunkt der philosophischen Betrachtungsart, des Neukantianismus. Marx, Kautsky und Soziologen wie Müller-Lyer, lehnen diesen Standpunkt ab. Für sie ist das religiöse, wie das ethische Problem ebenfalls der allgemeinen Gesetzmäßigkeit, wie sie der historische Materialismus vertritt, unterworfen. Neuere Forschungen über den Ursprung und die Entwicklung der Religion bei den einfachsten, im Kulturzustande der Steinzeit lebenden Naturvölkern (Australier, Feuerländer usw.) sowie bei den ihnen nahestehenden gering entwickelten Stämmen, haben bewiesen, daß die religiösen Vorstellungen durch die soziale Lebensauffassung bestimmt werden. Diese hängt aber wiederum von der Art der Lebensunterhaltsgewinnung ab. (siehe H. Cunow, Ursprung der Religion.) Religion und deren praktische Ausstrahlung, die Ethik, sind darum Teilgebiete der sozialistischen Forschung und Arbeit.

Die bisherigen Religionsysteme sind durch ein primitives Weltbild und ausgesprochen primitive Abhängigkeitsvorstellungen geschaffene Spekulationen. In der Zeit, welche sie schufen, war „die Welt“ ein kleiner, begrenzter Bezirk unserer Erde. Sämtliche religiösen Mythen sind darum Gescköpfe eines dreifachen Weltbildes. Daraus entstanden die Vorstellungen vom Himmel, dem Gewölbe über der Erdoberfläche, Hölle (feuriges Reich unter dem Erdboden), einer Schicksale gestaltenden Gottheit. Die Formen dieser Systeme werden, wie alles durch den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Solche Spekulationen sind aber durchaus nicht, wie vielfach Sozialisten meinen, lediglich bürgerliche Lustgebilde, die mit der Einführung des Sozialismus einfach verschwinden. Auch jede Bahndee hat ihren triebhaften Ursprung, ist im Ursprung etwas Daseinendes, das man nicht einfach wegwischen kann. Dieses Ursprünge sehen Kautsky und Müller-Lyer im sozialen Triebe, der bereits in der Tierwelt zu beobachten ist. In den Entwicklungsstufen der wirtschaftlichen Gebundenheit sind Religion und Ethik noch deutliche Gebilde einer absolutistischen Ordnung, einer Abhängigkeit. Ihre Vorstellungen haben alle Wege von der Tyrannengelt, der Priesterherrschaft über die feudale und schließlich bürgerliche Zeit getreulich mitgemacht. So ist die höchste Stufe, die im liberalen Protestantismus erreicht wird, deutlich das Gebilde einer bürgerlichen Denkweise, in der die Erlösung des Einzelnen mit der bürgerlichen Mission des göttlichen Selbst erstrebt wird. So sind alle religiösen Systeme und ihre Durchsetzung in der Ethik bisher Spiegelbilder der jeweiligen individuellen wirt-

schaftlichen Auffassung, wie die bisherigen noch so radikalen reformistischen Bestrebungen in der Erziehung Erzeugnisse bürgerlicher Ideologie waren.

Heute, wo, wie Lunarscharski hier sagte, „das Proletariat die Arbeit an der Schöpfung der proletarischen Kultur fortsetzen muß“, ist es Aufgabe des Sozialismus, den religiösen Trieb aus seiner bürgerlichen, abhängigen Form zu erlösen und zum Gemeinschaftstrieb zu erhöhen.

Ich auszumergen ist ebenso unsinnig, wie der Gedanke, den Selbsterhaltung (Daseins-) oder Artenerhaltung (Geschlechts-)trieb wegzulassen. Es gibt triebhafte Menschen, so auch solche, die nur schwach das tiefere Erlebnis der Auseinandersetzung des Ich mit dem Kosmos (Welt) und den Mitgeschöpfen haben. Die stark und aktiv Lebenden empfinden es immer. Es kann nur zwei Lösungen finden: „Die der Abhängigkeit oder der Gemeinschaft.“ In den Kulturabschnitten, in welchen die Wirtschaftssysteme solche der Abhängigkeit waren, ist die Lösung der Abhängigkeit gegeben. Der Sozialismus hat die Lösung der Gemeinschaft zu bringen.

„Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ Dieser Satz so schreibt uns ein Lehrer zu den viel diskutierten Thema, ist in Wirklichkeit eine Verhöhnung des Volkes. Denn er bedeutet: Wir, die Gebildeten, wir Lehrer, Professoren usw., brauchen selbstverständlich nicht die Religion. Wir haben ja unsern Goethe (Haupt), Lessing, Kant, Nietzsche. — Aber für das gewöhnliche Volk, da brauchen wir die Religion. Die weitaus größte Zahl der Lehrer würde es auch für eine Beleidigung erklären, wenn man ihnen zumute, sie sollten das, was sie im Religionsunterricht lehren, selber glauben.

Darum: Aus Ehrgefühl und Reinsichtungsgründen nehme jeder Arbeiter sein Kind aus dem Religions- und Konfirmandenunterricht heraus!

Zum Thema „Religion und Sozialismus“ sind uns noch verschiedene Einblendungen zugegangen. Uebereinstimmung besteht in der Ablehnung des Kirchenchristentums in seiner heutigen Gestalt, wenn auch manche Parteigenossen die innere und äußere Reform des Christentums unter Trennung von Kirche und Staat“ befürworten. Auch diesen Bestrebungen steht das sozialdemokratische Parteiprogramm mit seinem noch heute geltendem Grundsatze „Religion ist Privatangelegenheit“ nicht entgegen.

Das Märkische Wandertheater mußte seine allgemein anerkannte Bildungsarbeit vorläufig einstellen, weil die Mittel fehl-

ten, auch weiterhin die kleinen Städte und Dörfer mit dramatischer Kost zu versorgen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die zur Fortsetzung des gemeinnützigen Unternehmens dringende benötigten 80 000—100 000 M. vom Kultusministerium gegen den energig fiskalischen Widerstand des preussischen Finanzministeriums durchgesetzt werden. Ist doch eben erst in Heidelberg vom Verband deutscher Wanderbühnen mit Zutun des Herrn Dr. Seelig vom Volksbildungsministerium ausdrücklich eine Entschließung gefaßt worden, daß die Wanderbühnen nicht eingehen dürfen, sondern vielmehr unterstützt werden müssen.

„Anlage der Gepeinigten“. Unter diesem Titel hat Artur Zickler vor einigen Monaten im „Firn“-Verlag Auszüge aus den Kriegstagebüchern eines Sanitätsfeldwebels veröffentlicht, die an einem konkreten Beispiel oft erörterte Verhältnisse in Lazaretten und Etappen sachlich und keineswegs übertrieben schildern. Dem „Firn“-Verlag ist kosten durch einseitige Verfügung der weitere Vertrieb dieser Broschüre verboten worden. Einspruch gegen das Verbot ist erhoben. Aber man sollte Einspruch gegen diese ganze Republik erheben, in der wilhelmsche Militärtruppe noch immer zu bestimmen haben und die Aufdeckung ihrer Kriegsverbrechen in Heimat, Heer und Etappe mit den alten erbärmlichen Mitteln zu hintertreiben wissen.

Anders Jörn, der verstorbene schwedische Maler, ist nicht, wie die erste Meldung besagte, in Kopenhagen, sondern in Mora (Schweden) gestorben. In diesem sonnigen Ort Dalekarlens war er — im Februar 1800 — geboren und wuchs als Sohn eines Bierbrauers und einer Bauernmagd, in seiner Jugend — wie Segantini — die Röhre und Schafe hütend, zu dem in allen Ländern berühmten Maler hell überglänzter Nordlandschaften und von der Sonne Schwedens durchleuchteter Gestalten empor.

Schwedischer Humor. Die Frauen eines Geisteslichen, eines Arztes und eines Geschäftstreibenden sprachen über die Vergeßlichkeit ihrer Männer. Die Frau Pastorsin behauptete, ihrem Mann gebühre der Preis, da er oft seine Predigt auf dem Wege zur Kirche vergesse und die Gemeinde dann nicht verstehen könne, worüber er zu reden versuchte. Die Arztfrau dagegen betonte, ihr Mann sei noch vergeßlicher, denn er führe oft zu seinen Patienten über Land und vergesse den Arzneikasten, so daß er viele Reisen vergebens fahre.

„Mein Mann übertrifft die Euren noch“, sagte die Frau des Rechtsanwälters. „Als er neulich nach Hause kam, klopfte er mir auf die Wange und sagte: „Ich habe dich bestimmt schon irgendwo gesehen, Kismet! Wie heißt du?“

# Die Wahrheit über Oberschlesien

Die Gewerkschafts- und Parteiführer der Rechtssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokraten in Kattowitz geben gegenüber den unvollständigen und vielfach irreführenden Presseberichten die nachfolgende gemeinsam festgelegte authentische Darstellung der Ereignisse in Oberschlesien:

Andauernde französische Truppeneinführungen, angeblich zu Grenzübergangszwecken, erweckten den Eindruck einer verschleierte Transportbewegung nach Polen. Auch der rege französische Lastautoverkehr erregte Verdacht. Am Sonnabend, den 14. August, wurden französische Militärtransporte von Oberberg über Kattowitz nach Gleiwitz, also in der Richtung nach der polnischen Grenze, umgeleitet. Der Betriebsrat der Eisenbahner erhielt vom Transportführer zwei deutliche Anstalten. Infolgedessen wurde nicht nur dieser Transport, sondern auch die nachfolgenden in Kattowitz und an anderen Zwischenstationen angehalten. Es kam dabei bereits zu bedrohlichen Situationen, da ein französischer Transportleiter seine Mannschaften schußfertig machen ließ. Deshalb beschloß am Sonntag, den 15. August, die Eisenbahner, keinen Transport ohne völlig klaren Ausweis durchzulassen. Für den Dienstag setzten die Parteien und die Gewerkschaften Versammlungen an, um eine kritische Innenpolitik der Neutralität durchzuführen und gleichzeitig zu verlangen, daß jeder Uebertritt bewaffneter polnischer Truppen oder Verbände über die Grenze verhindert werde. Denn die polnischen Ueberfälle auf deutsche Veranstaltungen in Oberschlesien hatten sich in den letzten Tagen ohnehin vermehrt. Deswegen sollte der unbedingte Wunsch nach

## Frieden und Ruhe in Oberschlesien

beibehalten werden. Zu der vorbereiteten Konferenz waren alle maßgebenden Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen geladen, darunter auch die christlichen und kirchlichen Gewerkschaften. Ein siebenstündiger Demonstrationstreik sollte mit den Versammlungen verbunden werden. Der Beschluß wurde durchgeführt lediglich durch Vermittlung der Betriebsräte. Plakate sind nur in Beuthen verbannt worden. Trotz eines korstantischen Drohanrufes setzte der Demonstrationstreik Dienstag mittags Punkt 12 Uhr ein und war am 7 Uhr mit dem Glodenschlag beendet. Die gesamte bürgerliche Bevölkerung erklärte sich ohne jede Abrede solidarisch, und alle Geschäfte schlossen, trotz der vorhergehenden drohenden Boykottandrohung. Gemäß der Instruktion haben die Redner in den Versammlungen, die um 5 Uhr nachmittags stattfanden, nirgends auch nur die geringsten Angriffe, sei es auf die Interalliierte Kommission oder auf die Polen, gerichtet; sie haben lediglich die Neutralitätserklärung des Generals Le Rond mitgeteilt und Kontrollinstanzen für die Bahntransporte gefordert. In allen Versammlungen haben die Redner ausdrücklich zu unbedingter Ruhe und Ordnung gemahnt. Die Neutralitätserklärung haben denn auch nirgends zu Zwischenfällen geführt — mit Ausnahme von Kattowitz.

Hier hatten die Franzosen schon um 3 Uhr nachmittags 150 Reiter vor dem Gebäude der Interalliierten Kommission

## Kavallerie aufgestellt,

die von der Menge zunächst lediglich aus Reingelände umdrängt wurde, da in Kattowitz französische Kavallerie bisher unbekannt war. Warnungen der Behörden und Gewerkschaftsvertreter davor, von vornherein Militär mit blanker Waffe aufzustellen, verhallten ungehört; die Straße wurde nicht freigegeben. Infolgedessen nahm der Demonstrationzug einen anderen Weg. Es war jedoch eine Menschenmenge zurückgeblieben, die sich vor den Truppen scharte und durch Wortwechsel mit ihnen in immer größerer Erregung geriet. Als es dann zu einem Zusammenstoß mit zwei französischen Soldaten kam, die vom Bahnhof kamen, ging die Kavallerie mit ungefähr zwanzig Reitern zur Attacke über und schlug mit flacher Klinge ein. Die Menge und die Reiter waren bald in den engen Straßen eingeklemmt, so daß die französische Abteilung nach etwa zehn Minuten kehrt machte und ein geprügeltes Pferd zurückließ. Nach diesem anscheinenden Erfolg

## die erregte Menge von den Ordnern nicht mehr zurückhalten.

Es muß jedoch ausdrücklich bemerkt werden, daß einzelne noch unbedingte Franzosen nicht angegriffen, vielmehr bereitwillig durchgelassen wurden; die Erregung richtete sich nur gegen die Truppe mit der blanken Waffe. Am 15. August, dem Tag der Erregung der Masse, in der sich jetzt hauptsächlich ehemalige Kriegsgefangene und junge Burken befanden, forderte das Gewerkschaftsbureau abends 1/2 Uhr den Oberst Blanchard auf, die Kavallerie zu entfernen und die übrigen Truppen zurückzuziehen, was auch geschah. Jedoch war die Erregung der Menge nicht mehr zu dämmen, seitdem aus dem Gebäude der Kommission heraus ein Offizier hatte auf die Menge feuern lassen und nachweislich zwei Handgranaten geworfen worden waren, wobei es zu dem traurigen Irrtum kam, daß eine von ihnen aus dem Hause des polnischen Arztes Kietzka geworfen worden wäre. Die Menge landete in das Gebäude der Kommandantur eine Deputation von zunächst vier, später etwa zehn Mann, die die Entwarnung der Truppen forderte. Ein Organisationsvertreter war nicht dabei, dafür mehrere Leute mit Fernwaffen und drei junge Burken, von denen auch einer angegriffen gewesen sein mag. Die Franzosen, die mit ihnen verhandelten,

## hielten völlig rasselos zu sein.

Erst am 1/21 Uhr abends rief Oberst Blanchard die Gewerkschaftsvertreter zu Hilfe, um zu vermitteln. Die unverantwortlichen Elemente ließen sich aber von den Arbeiterführern nichts sagen, sondern erklärten sie für schlapp. Der französische Kommandant erklärte ausdrücklich zu, daß der Offizier, der aus dem Hause habe ausgeht, nicht zu eigen machen, sie machten jedoch als gewählte Vermittler den Vorschlag, die etwa 400 Soldaten sollten ihre Waffen unter einer besonderen Wache im Hause zurücklassen und sich selber von der Sicherheitspolizei in die Kaserne geleiten lassen. Der französische Militärbefehlshaber beharrte jedoch dabei, daß es weder mit der Ehre, noch mit der Sicherheit der Truppe vereinbar sei, die Waffen abzugeben.

## Während dieser Verhandlungen kamen

## neue Gestalten von der Straße

herauf, die zum Teil ganz unsinnige Forderungen stellten, z. B., daß die Truppen mit erhobenen Händen abzurückziehen sollten. Wir wiesen solche verrückten Forderungen energig zurück, verließen dann aber, da unser Vermittlungsvorschlag abgelehnt war, das Haus zugleich mit der verantwortlichen Deputation, wobei wir noch einmal feststellten, daß nur durch die Positionierung des vielen Militärs auf der Straße die unglückliche Lage entstanden wäre. Beim Verlassen des Hauses suchten wir die Menge zu beruhigen, indem wir sagten, daß kein Soldat mehr auf die Straße kommen werde. Ein großer Teil der Leute ging nach Hause, aber es blieben noch Laufende auf der Straße, und in der Dunkelheit begann eine Schieberei, die bis morgens 5 Uhr andauerte.

Am folgenden Mittwoch kam es nachmittags zu einer Menschenansammlung vor dem polnischen Plebiszit-Kommissariat, in dem polnische Hilfsmannschaften aus Beuthen eingetroffen waren und wo nach einer am Vormittag gefallenen Ausrufung des Nationalpolen Schabitzki Waffen liegen sollten. Während die Menge im weiten Halbkreis um das Haus stand, drohten die Polen aus den Fenstern mit Handgranaten und sängen plötzlich an, damit auf die Straße zu werfen. Dadurch wurde eine Anzahl Personen mehr oder minder schwer verletzt. Es entspann sich dann ein regelrechtes Feuergefecht zwischen der herbeigerufenen Sicherheitspolizei und den Polen, wobei die Mauer des Hauses abgelehnt hatten. Da die Polen an einem Fenster und auf einem Balkon auch Maschinengewehre aufstellten und bis

abends 1/29 Uhr nicht zur Einstellung des Feuers zu zwingen waren, wurde in den unteren Räumen des Hauses Straßfeuer angelegt, und erst nach starker Rauchentwicklung kam das raufende polnische Feuer zum Schweigen. Die Sicherheitspolizei drang nun in das Haus ein und nahm die dort befindlichen Polen fest. Der Rest wurde bei einem Fluchtversuch über die Dächer gejagt. Die Sicherheitspolizei konnte die Bergschießen nicht davon schützen, daß sie von der erregten Menge

## zum Teil erschlagen oder schwer verletzt

wurden. Daran schlossen sich bedauerliche Angriffe unverantwortlicher erregter Truppen auf die „Gazeta Ludowa“ und andere nationalpolnische Geschäfte und Restaurants.

Während also am ersten Tage lediglich der Gegenatz zu den Franzosen in die Erscheinung getreten war, waren die Ereignisse des zweiten Tages ausschließlich vom nationalen Gegenatz zwischen Deutschen und Polen beherrscht. Die Franzosen haben sich am Mittwoch um ihre Aufgabe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, überhaupt nicht gekümmert, sondern sich völlig passiv verhalten. Sie waren bis abends 7 Uhr in der Kommandantur geblieben und dann in weitem Bogen um das unklammste Haus in ihre Kaserne gerückt. Der von ihnen verhängte Belagerungszustand wurde überhaupt nicht durchgeführt, so daß der allgemeine Eindruck entstand, es werde ein fälschlich getrieben und die Franzosen glaubten, die Polen würden Dank ihrer Bewaffnung die Oberhand gewinnen.

Erst am Morgen des Donnerstages erschienen die französischen Panzerautos auf den Straßen. Sie feuerten wahllos in die Fenster hinein und

## feuerten auch auf Arbeiter,

die friedlich zu ihrer Arbeit gingen. Sie verwandelten das Theatergebäude in eine Festung. Sie hoben das deutsche Plebiszit-Kommissariat aus, obwohl es in keiner Verbindung zu den Neutralitätserklärungen vom Dienstag stand. Zur strengen Durchführung des Belagerungszustandes haben Vertrauensleute der Gewerkschaften mit Armbrunden in den Abendstunden geholfen, das Publikum von den Straßen zu drängen. Gegen Abend fand bei General Graciers jene Unterredung statt, in der uns die bevorstehende Verhaftung angedroht wurde. Die Rede Graciers konnte lediglich als eine Herausforderung der erschienenen Partei- und Gewerkschaftsführer wirken, die ebenso wie der anwesende Polizeipräsident, der Vertreter des Bürgermeisters und der Kommandantur der Sicherheitspolizei General Hoffmann alles in ihren Kräften Stehende getan haben, die Zusammenstöße sowohl mit den Franzosen wie mit den Polen zu verhindern. Lediglich das Kopfschießen, einzelne ob aus Unflughet oder Wut herausfordernde, dabei völlig widerspruchsvolle Verhalten der französischen Militärleitung hat im Gegensatz zu allen übrigen Umständen in Kattowitz die gefährlichen Ereignisse zur Folge gehabt. Der Freitag fand dann den ganzen Oststreifen der ober-schlesischen Grenzgebiete von polnischen Infanteristen besetzt, die sofort die volle Sympathie der Franzosen fanden.

## Wir stellen daher öffentlich fest:

1. Den ganzen Vorgängen lag nichts anderes zugrunde als der einfache Wille zur unbedingten Neutralität und zur Erhaltung von Ruhe und Frieden im Lande.
2. Die allgemeine Belohnung über die bedroht erscheinende Neutralität Oberschlesiens hat zu spontanen Kundgebungen auch an solchen Orten geführt, die von den Gewerkschaften über die geplante Demonstration nicht benachrichtigt worden waren, z. B. in Leobschütz, Kofel, Lublitz, Tarnowitz u. a.
3. Die Tatsache, daß überall dort, wo bei der Demonstration kein Militär aufgestellt wurde, der Verlauf ruhig war, liefert den klaren Beweis, daß keine deutsche Organisation irgendwelche Ausschüßigkeiten im Schilde führte.
4. Die Vorgänge haben darüber hinaus aller Welt bewiesen, daß es im Gegensatz zu den Polen auf deutscher Seite weder eine Waffenorganisation noch überhaupt Waffen in nennenswertem Umfang gibt, denn sonst hätte keine Macht der Welt verhindern können, daß sie jetzt angesichts des polnischen Aufstandes in die Erscheinung getreten wären.
5. Die von Korstanty gestellte Auffassung der Franzosen, daß es sich bei der Demonstration um eine bolschewistische Bewegung gehandelt habe, wird durch die ganze Entstehung der Demonstration, wie auch durch den vorstehend geschilderten Laibstand der weiteren Ereignisse eindeutig widerlegt.
6. Wir halten es endlich für unsere Pflicht, zu erklären, daß die deutsche Sicherheitspolizei sich über alles Lob erhaben gezeigt und sich in jeder Weise bewährt hat.

Gleiwitz, den 21. August 1920.

Haude, M. d. L. Parteisekretär.  
Kager, M. d. L. Gewerkschaftssekretär.  
Laußner, Stadtverordneter, Parteisekretär.  
Gerhard Spell, Stadtverordneter, Gewerkschaftssekretär.

## Stärkung der Arbeitsgemeinschaften

### Die lebenswichtigen Aufgaben der Industriellen

Das Mitglied des Kruppischen Direktoriums, Herr Dr. Sorge, der in den großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Zentralverbänden der Arbeitgeber eine führende Rolle spielt, hat vor einiger Zeit einem Herrn A. Heinrichshauer über die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern folgende Ausführungen gemacht, die die Telegraphen-Union verbreitet.

Herr Dr. Sorge geht davon aus, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ein durchaus gesunder sei und sowohl bei Arbeitgeber als Arbeitnehmer Wurzeln geschlagen habe. (Vgl. D. R. d. F.) Es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß bei all den schwierigen Verhandlungen die von beiden Seiten beteiligten Personen immer mit gutem Erfolg bemüht gewesen seien, für die gegenseitigen Auffassungen Verständnis zu gewinnen und einen Ausgleich herbeizuführen. Es sei durchaus unrichtig, der Arbeitsgemeinschaft positive Leistungen abzusprechen. Schon die eine Tatsache, daß man sich in offener Aussprache menschlich näherte, die Ueberzeugung des Gegners mit ihren Gründen hören und sachliche Erörterungen gelten lassen, sei ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Gewinn und die Unterlage für den sozialen Zusammenhalt unseres deutschen Volkes, ohne den ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich sei. Wörtlich sagte Herr Dr. Sorge:

„Ich sehe nach wie vor, und mit mir die große Anzahl meiner Freunde, auf dem Standpunkt, daß der Arbeitsgemeinschaftsgedanke eine der wesentlichsten, wenn nicht die allerwichtigsten Grundzüge für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens bedeutet, und sehr es als eine direkt lebenswichtige Aufgabe für jeden Industriellen an, die zweifellos notwendige weitere Stärkung der Arbeitsgemeinschaft mit besten Kräften zu fördern. Ohne gemeinsame Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann unsere deutsche Arbeit die schweren Folgen des Krieges und die noch viel schwereren der dauernden Bedrückung durch unsere brutalen Gegner nach meiner Ueberzeugung unmöglich überwinden. Diese gemeinsame Arbeit ist wiederum nur möglich, wenn der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft nicht nur ausnahmsweise erhalten bleibt, sondern sich immer mehr ausbreitet und auch auf die Kreise sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer übergreift, die ihr heute noch feindselig oder ablehnend gegenüberstehen.“

Ich darf bestimmt erklären, daß auftauchende Gerüchte über eine geänderte Stellungnahme der führenden Industrieverbände gegenüber dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken absolut unzutreffend sind, daß im Gegenteil in diesen Verbänden nach wie vor die Notwendigkeit der Stärkung der Arbeitsgemeinschaft

meinst und ihres weiteren Ausbaues als eine Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Gesundung angesehen wird. Ich kann selbstverständlich eine gleiche verbindliche Erklärung für die Arbeitnehmerseite nicht abgeben, darf aber sagen, daß bei den Organisationen, die in der Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der Industrieverbände zusammenarbeiten, in unseren Verhandlungen von mir keinerlei Anzeichen beobachtet worden sind, die in diesen Kreisen eine andere Auffassung erfindbar machten und ich habe die feste Hoffnung, daß die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft als gesichert gelten kann. Sie wird nach meiner Ueberzeugung auch kräftig genug sein, um die uns zweifellos noch bevorstehende schwere Zeit der nächsten Monate und Jahre zu überdauern und wird wesentlich dazu beitragen, diese Zeit trotz der feindseligen Bedrückung zu überwinden.

Nur in der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegt die Rettung von Deutschlands Zukunft.“

Wir halten jede Bemerkung dazu für überflüssig. Wenn diese Lobrede eines anerkannten Sachverständigen den Arbeitsgemeinschaften nicht den Strid dreht, dann ist ihren Anhängern in den Kreisen der Gewerkschaften nicht zu helfen. Umso wichtiger wird die Aufgabe der Genossen sein, die sich über den für die Arbeiterschaft verderblichen Charakter einer Methode klar sind, deren Erhaltung, Fortsetzung und Ausbreitung den Feinden der Arbeiterschaft als eine lebenswichtige Aufgabe erscheint.

## Milliardengewinne des Kohlenkapitals

„Deutschland“ räth unter den Kohlenforderungen der Entente, Tausend geschwähzige Jungen reden auf die Bergarbeiter ein, mehr Kohlen zu fördern. Sie sollen „um des Vaterlandes willen“ gestlos alle ihre Kräfte hergeben, ganz gleich, ob sie deshalb ihr Leben um ein Stück verkürzen und im ganzen verschlechtern. Umgekehrt erwartet das Kohlenkapital aus dem Drängen der Entente neue höhere Verdienstmöglichkeiten. Das kommt in der stürmischen Aufwärtsbewegung der Aktien-Kurse der großen, mit Kohlengrubenbesitz ausgestatteten Industriewerte und vor allem in der Höherbewertung der Best-Anteile (Kuxe) der Steinkohlen-Bergwerke zum Ausdruck. Um welche Steigerungen es sich dabei handelt, das zeigt eine Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ für 30 namentlich genannte Steinkohlen-Gewerkschaften.

Beispielsweise sind die Kuxe der Zeche König Ludwig von 31 000 Mark Ende 1918 und 54 500 Mark Ende 1919 auf 141 000 Mark am 31. Juli 1920 gestiegen. Das heißt, die Besitzer der (1000) Kuxe dieser Gewerkschaft haben in 19 Monaten einen Kursgewinn von 110 Millionen Mark erzielt. Die Kuxe der Zeche Konstantin der Große galten Ende 1918 38 500 Mark, Ende 1919 61 000 Mark und am 31. Juli 1920 136 000 Mark. Kursgewinn 99,5 Millionen Mark. Die Kuxe der Zeche Ewald wurden Ende 1918 mit 36 000 Mark, Ende 1919 mit 61 000 Mark und am 31. Juli 1920 mit 135 000 Mark bezahlt. Kursgewinn 99 Millionen Mark. Die entsprechenden Zahlen für die Zeche Graf Bismarck sind: 47 000, 68 000 und 180 000 Mark (Kursgewinn 83 Millionen Mark), für die Zeche Lothringen 27 000, 60 000 und 125 000 Mark (Kursgewinn 99 Millionen Mark).

Im Durchschnitt galt ein Kux der von der „Frankfurter Zeitung“ genannten 30 Gewerkschaften: Ende 1918 11 180 Mark, Ende 1919 20 098 Mark und am 31. Juli 1920 41 147 Mark. Der gekaufte Kux-Best der 30 Bergwerks-Gesellschaften hatte einen Wert von: Ende 1918 390 Millionen Mark, Ende 1919 818,25 Millionen Mark und am 31. Juli 1920 1455,7 Millionen Mark. Das ist eine Steigerung um nicht weniger als 1065,7 Millionen Mark in 19 Monaten. Mehr als eine Milliarde Mark ist also allein den Besitzern der 30 von der „Frankfurter Zeitung“ genannten Steinkohlengruben in kurzer Zeit als Kursgewinn zugeflossen. Aber sie sind nicht die einzigen Glücklichen, die von der Kohlen-Hausse durch Entente-Druck profitiert haben. Es gibt noch zahlreiche Kohlengruben in der Form von Gewerkschaften, Aktien-Gesellschaften, Gesellschaften m. b. H. und Privatfirmen. Sie haben alle eine Wertsteigerung ihres Bestes erfahren, die allgemein seit Kriegsende 250 bis 300 Prozent beträgt.

## Zum Paß- und Versorgungswesen

Das Reichsabwicklungsamt hat bezüglich des Paß- und Versorgungswesens neue Verfügungen getroffen, welche die weiteste Öffentlichkeit interessieren werden. Es handelt sich um die Militärpapiere, deren Erledigung bisher den Abwicklungsstellen oblag. Danach sind die Abwicklungsstellen angewiesen, Stammtrolleauszüge nur in einfacher Fertigung, und in solchen Fällen, wo die Stammtrolleauszüge einbezüglich erscheinen und die Befähigung einer einfachen Angabe genügt, nur die letzteren zu geben. Stammtrolleauszüge für die Aktien sind nicht mehr auszufertigen.

Die Militärpapiere jedes Mannes (die Ueberlieferungsnationale, unanbringliche Pässe, Kartothekkarten, Stammtrolleauszüge, Kapitalisationsverhandlungen usw.) sind vereinigt bei der Abwicklung aufzubewahren.

Alle Personalpapiere der ehemaligen aktiven, Reserve- und Landwehroffiziere (Personalbogen, Qualifikationsberichts-Entw. Dienstleistungszeugnisse usw.) werden beim Truppenabzug aufbewahrt. Sie gehen später an das Abwicklungsamt mit über. Die Versorgungsämter senden alle bei ihnen noch vorhandenen Papiere der obengenannten Art, soweit die Offiziere keine Versorgungsansprüche gestellt haben, an das zuständige Abwicklungsamt. Die Stammtrolleauszüge bleiben bei der Abwicklung.

Vom 15. September 1920 an gehen von den Kasen der Abwicklungsstellen an die Versorgungsämter über: a) Zahlung von Vorkassalen an die Hinterbliebenen und von Vermittlungszahlungen; b) Zahlung und Berechnung von Renten an Kriegsschädigte; c) Zahlung von Gehaltsrückstellungen im Bedarfsfall; d) Zahlung nach dem Offiziersentschädigungsgesetz von 1919; e) Zahlung nach dem Kapitalanwärtensentschädigungsgesetz von 1919.

## Aus der Partei

### Warnung!

Die Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg steht sich gezwungen, vor folgenden Schwindlern, die die Bewegung und eine ganze Anzahl Genossen empfindlich geschädigt haben, zu warnen.

Der am 24. Juli 1881 zu Adlershof geborene Kranführer Hans Brandt hat es verstanden, sich durch unermüdete Betätigung in der Bewegung das größte Vertrauen der Genossen zu erwerben. Sein unglücklicher körperlicher Zustand (Wassische Beine), wodurch er den Genossen besonders anhänglich und seine angebliche Armut gaben Veranlassung, für ihn erhebliche Summen zu sammeln. Brandt haben sich eine ganze Reihe von Schwindelern und Betrügeren herausgestellt, die er verführt hat. Brandt hat sich nicht nur der Unterschlagung von Beträgen und Aufnahmegerbüchern schuldig gemacht, er hat auch im Hof für Obdachlose Beträge von Familien, die ihm zum Einkauf von Lebensmitteln gegeben wurden, unterschlagen. Eine ganze Reihe weiterer Schwindelern sind noch von ihm verführt worden, jedoch es nicht wenig erscheint, öffentlich vor ihm zu warnen. Zweifelloso wird er seinen unglücklichen körperlichen Zustand ausnützen, um unter heuchlerischer Maske noch andere Genossen hineinzuwickeln.

Ein angeblicher Heinrich oder Fritz Schäfer, der sich auch nach Ludwig Großhaus und Heinrich Kuhl nennt, hat in Berlin, und wie weiter mitgeteilt wird, auch in einer Anzahl anderer Orte durch Schwindelakte Wohlgeglückte Genossen betrogen und beschädigt. Er ist 25—30 Jahre alt, hat blondes, gelbes Haar und ist von großer harter Statur. Von Beruf gewöhnlich Haus- und Hofarbeiter und angeblich als Parteisekretär in Hamburg angestellt gewesen sein. Er gibt sich als politischer Flüchtling aus dem Ruhrgebiet aus.

Die Parteipresse wird um Nachsicht ersucht. Falls diese Schwindler irgendwo auftauchen, mögen sie sofort dem dem Parteibureau, Berlin D. 17, Schlichterstr. 10, Mitteilung machen.

